

N i e d e r s c h r i f t

**der 48. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 19.11.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	OB	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	in Vertretung für Frau Isa Weiß
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Frank Eigenfeld	SPD	in Vertretung für Herrn Gottfried Koehn
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Wolfram Neumann	BG	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	

Gäste:

Frau Rita Lachky	Verw
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verw
Herr Rolf Stiska	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Egbert Geier	BG

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 48. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte abzusetzen:

- TOP 5.1 Jahresrechnung 2007 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2008/07487
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte, DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlage-Nr.: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07580
Änderungsantrag wurde im Ausschuss für Planungsangelegenheiten für erledigt erklärt
- TOP 5.6 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008/2009 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2008/07294
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.7 Wirtschaftsplan 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2008/07388
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.8 Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz
Vorlage: IV/2008/06988
wurde noch nicht im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten behandelt
- TOP 5.9 Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2009 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07489
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.10 Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses
Vorlage: IV/2008/07492
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 5.11 Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhouses für Nutzerinnen und deren Kinder gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses für die Haushaltsjahre 2009 und 2010
Vorlage: IV/2008/07491
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Weiterhin bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darum, den

TOP 5.5 Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012
Vorlage: IV/2008/07534

zu vertagen, da diese Beschlussvorlage durch den Kulturausschuss ebenfalls vertagt und im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nicht behandelt wurde.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.10.2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Jahresrechnung 2007 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin*
Vorlage: IV/2008/07487 *abgesetzt*
 - 5.2 Kommunalwahl 2009
Vorlage: IV/2008/07531
 - 5.3 Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle
Vorlage: IV/2008/07525
 - 5.3.1 *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Petra Sitte, DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlage-Nr.: IV/2008/07525)*
Vorlage: IV/2008/07580 *erledigt*
 - 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorl.-Nr.: IV/2008/07525)*
Vorlage: IV/2008/07619 *erledigt*

- 5.3.3 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU-Fraktion - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07637 während der Sitzung gestellt
- 5.3.4 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07638 während der Sitzung gestellt
- 5.3.5 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU-Fraktion - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07639 während der Sitzung gestellt
- 5.4 Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"
Vorlage: IV/2008/07530
- 5.5 *Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012*
Vorlage: IV/2008/07534 vertagt
- 5.6 *Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008/2009 für das Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle*
Vorlage: IV/2008/07294 abgesetzt
- 5.7 *Wirtschaftsplan 2009 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*
Vorlage: IV/2008/07388 abgesetzt
- 5.8 *Leitbild zur Umgestaltung der Peißnitz*
Vorlage: IV/2008/06988 abgesetzt
- 5.9 *Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2009 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt*
Vorlage: IV/2008/07489 abgesetzt
- 5.10 *Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses*
Vorlage: IV/2008/07492 abgesetzt
- 5.11 *Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhauses für Nutzerinnen und deren Kinder gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses für die Haushaltsjahre 2009 und 2010*
Vorlage: IV/2008/07491 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Wirtschaftlichkeit des Busunternehmens OBS
Vorlage: IV/2008/07458
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen

10. Anregungen

10.1 Form der Verteilung des Haushaltes und anderer Vorlagen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.10.2008

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 47. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.10.2008.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 47. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.10.2008 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.2 Kommunalwahl 2009 Vorlage: IV/2008/07531

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beruft Herrn Dr. Bernd Wiegand als Wahlleiter und Frau Rita Lachky als stellvertretende Wahlleiterin für die Kommunalwahl 2009.
2. Der Stadtrat beschließt für die Kommunalwahl 2009 die Festlegung von 5 Wahlbereichen (Anlagen 1 und 2).

- zu 5.3 Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle**
Vorlage: IV/2008/07525
- zu 5.3.3 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU-Fraktion - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)**
Vorlage: IV/2008/07637
- zu 5.3.4 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)**
Vorlage: IV/2008/07638
- zu 5.3.5 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU-Fraktion - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)**
Vorlage: IV/2008/07639
-

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erläuterte die vorgenommenen Änderungen in der Beschlussvorlage entsprechend des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ergänzte, dass durch diese Untersetzungen der Stadtrat in allen Phasen beteiligt werde.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, konnte angesichts der Finanzsituation der Stadt Halle diesem Vorschlag grundsätzlich nicht zustimmen. Seines Erachtens wird dieses Bauvorhaben wesentlich teurer werden als die Verwaltung mit 17,5 Mio. € für die Ausbaustufe 1 als Obergrenze festgelegt habe. Vor ca. 12 Jahren hatte eine Schweizer Architekturfirma ein Gutachten vorgelegt, wonach dieses Bauvorhaben 30 Mio. DM kosten sollte. In den letzten Monaten habe die Stadtverwaltung sogar von 30 Mio. € gesprochen. Er fragte wie die Verwaltung mit anfallenden Mehrkosten umgehen werde und ob dann dieser Beschluss hinfällig sei.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erwiderte, dass bei den Kosten in Höhe von 30 Mio. € eine Kapazität von bis zu 25.000 Zuschauer geplant war. Die Kosten für die Ausbaustufe 1 in Höhe von 17,5 Mio. € beziehen sich eindeutig auf 10.000 Zuschauer. Im Falle von Mehrkosten innerhalb einer Kostengruppe oder eines Bauteils könne man als Bauherr entgegensteuern, indem man bei anderen Bauteilen entsprechend weniger Aufwand betreibt.

Anschließend diskutierten die Mitglieder des Hauptausschusses zu dem Punkt 1.4 der Beschlussvorlage:

„Alternativ dazu sind in der Stadt vorhandene Hallenbaukörper hinsichtlich Eignung für den Um- und Ausbau als wettkampftaugliches Ballsportzentrum zu untersuchen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.“,

ob die Messe-Halle in Bruckdorf als Standort für die Ballsporthalle in Frage kommt. Einerseits sollten alle in Frage kommenden Hallen untersucht und der Stadtverwaltung kein Denkverbot erteilt werden. Dem entgegen stehen aber die im Sportausschuss und Ausschuss für Planungsangelegenheiten beschlossenen Anträge, die den Standort Bruckdorf für die Ballsporthalle bewusst ausgeschlossen haben.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack wies darauf hin, dass nach Gesprächen mit Sportverbänden der Standort Bruckdorf für die Ballsporthalle in der Bewertung nicht mehr an erster Stelle liege. Trotz allem sollte die Messe-Halle als möglicher Standort untersucht werden. Man müsse bedenken, dass der Neubau einer Ballsporthalle bis zu 8 Mio. € kosten würde. Eine bereits vorhandene Halle, die von ihrer Konstruktion und Größe grundsätzlich in Frage kommt, könnte erheblich kostengünstiger sein.

Im Ergebnis der Diskussion stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, den Änderungsantrag, den Punkt 1.4 der Beschlussvorlage wie folgt zu ergänzen: **Dabei wird ausdrücklich kein Standort ausgeschlossen.**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Bönisch:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
3 Nein-Stimmen

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fragte, ob die Verwaltung als Bauherr einen Generalauftragnehmer für dieses Vorhaben beauftragen könne. Dann wären die Ausgaben in Höhe von 17,5 Mio. € sicher gestellt.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack machte darauf aufmerksam, dass die Vermutung, dass mit einem Generalauftragnehmer Kostenklarheit herrsche, unrichtig sei. Solche großen Firmen beschäftigen eine eigene Rechtsabteilung, die ausschließlich daran arbeitet, Nachträge zu erzwingen, ohne rechtlich angreifbar zu sein.

Die Bitte von **Herrn Bönisch, CDU-Fraktion**, das Betreiberkonzept im März 2009 vorzulegen, bestätigte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**. Auch bezüglich der Ballsporthalle habe die Verwaltung das Ziel, den Stadträten einen Vorschlag für den Standort bzw. für einen Umbau im März 2009 vorzulegen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte, weshalb unter Punkt 3.5 und 3.6 der Beschlussvorlage einerseits von „Nutzern“ (Plural) und andererseits von „dem Nutzer“ (Singular) gesprochen wird. Weiterhin fragte er, ob die Punkte 2 und 3 der Beschlussvorlage nur das Stadion oder auch die Ballsporthalle betreffen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte, dass die Unterscheidung zwischen Nutzer und Nutzern daraus resultiert, dass man sich bei der Pluralform auch auf die Nutzer der Ballsporthalle beziehe. Bei dem Stadion werde von einem Nutzer ausgegangen.

Aufgrund der zweiten Nachfrage von Herrn Wolter machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Vorschlag, in der Vorlage zwischen Stadion und Ballsporthalle genau zu unterscheiden und den Punkt 3.6 wie folgt zu ändern:

In enger Zusammenarbeit mit dem Nutzer ist ein Betreiberkonzept *für das Stadion* sowie die zukünftige Betriebsplanung zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, erklärte, dass die Erläuterungen für ihn ausreichend waren und es seinerseits keine Änderungsbedürfnisse gebe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, schlug vor, einen grundsätzlichen Beschluss für die Ballsporthalle zu treffen, dass mit dem Richtungsbeschluss auch ein Betreiberkonzept vorzulegen ist.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, bemerkte, dass sein Vorschlag aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beiliegungsverwaltung und Liegenschaften, den Punkt 3.5, 3. Anstrich zu ändern, von der Verwaltung in der Formulierung nur sehr abgeschwächt übernommen wurde. Er kündigte an, diesbezüglich einen Antrag in der kommenden Stadtratssitzung zu stellen. Dort werde dann auch eine Summe genannt, in welcher Höhe sich der HFC beteiligen solle.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beiliegungsverwaltung und Liegenschaften die von Herrn Wolter vorgeschlagene Eigenbeteiligung durch den HFC abgelehnt wurde. Aus diesem Grund habe er den Formulierungsvorschlag nicht an die Verwaltung weitergegeben.

Daraufhin stellte **Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger**, den Änderungsantrag, den Punkt 3.5, 3. Anstrich:

- Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen (Eigenleistungen)

zu ändern in:

- Suche, Koordination und Organisation von zusätzlichen Finanzierungsquellen unter Einbeziehung und Eigenbeteiligung der Nutzer

In vielen Bereichen der Verwaltung, so **Herr Wolter** weiter, wird von den Mitarbeitern Gehaltsverzicht verlangt. Aufgrund dessen sollte man auch im Sport Signale setzen und den HFC in Mitverantwortung ziehen. Schließlich sei der Fußball die Sportart mit der größten überregionalen Ausstrahlung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., brachte seine Bedenken zum Ausdruck hinsichtlich der Eigenbeteiligung des HFC. Kein Verein könne eine Eigenbeteiligung leisten, sofern er nicht in der 1. Bundesliga spielt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Verwaltung keinen Verein beauftragen könne, wie er seine Eigenmittel zu akquirieren habe.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack machte deutlich, dass es in dieser Spielklasse keinen Fußballverein in Deutschland gebe, der in der Lage wäre, Überschüsse zu erwirtschaften, um einen bestimmten Anteil der Investitionen zu decken. Er sehe keine Möglichkeit zur Unterstützung zu den Investitionskosten durch andere Sportvereine. Zu prüfen sei aber die Möglichkeit, ob sich der HFC an den Betriebs- bzw. Betreiberkosten beteiligen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Wolter.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
2 Ja-Stimmen

Aufgrund der Ablehnung des Änderungsantrages von Herrn Wolter stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, den Änderungsantrag, den Punkt 3.5, 3. Anstrich der Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

- Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen unter Einbeziehung der Nutzer

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Bönisch.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt.**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 5.3.3 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch - CDU-Fraktion - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07637**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt
3 Nein-Stimmen**

Beschluss:

**Der Punkt 1.4 des Beschlussvorschlages wird wie folgt ergänzt:
Dabei wird ausdrücklich kein Standort ausgeschlossen.**

**zu 5.3.4 Änderungsantrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Vorlage "Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle" (Vorlagen-Nummer: IV/2008/07525)
Vorlage: IV/2008/07638**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt
2 Ja-Stimmen**

Beschlussvorschlag:

Der Punkt 3.5, zweiter Anstrich der Beschlussvorlage:
„Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen (Eigenleistungen)“

wird ersetzt durch:

„Suche Koordination und Organisation von zusätzlichen Finanzierungsquellen unter Einbeziehung und Eigenbeteiligung der Nutzer“

- 3.1 Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung unter Verantwortung des EB ZGM und unter Beteiligung notwendiger Spezialplaner mit der Erarbeitung des Realisierungskonzeptes (Entwurfsplanung) als Grundlage für die Beantragung der Landesfördermittel.
Dabei sind die Nutzerinteressen besonders zu berücksichtigen.
- 3.2 Der Stadtrat verpflichtet die Verwaltung, alle Planungen an den einzuhaltenden Mindeststandards der Sportverbände für ihre Spielstätten auszurichten und dem Stadtrat unter den Aspekten Baukosten und Unterhaltungsaufwendungen, laufender Betrieb, optimierte Entwurfsplanungen und Baubeschlüsse sowie Pläne für die Baukostenkontrolle vorzulegen.
- 3.3 Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, für den Standort Kurt-Wabbel-Stadion mit der Erarbeitung des Realisierungskonzeptes zunächst bis zur Leistungsphase 2 bis Ende März 2009. Dem Stadtrat ist als Entscheidungsgrundlage eine detaillierte Analyse des baulichen und technischen Zustandes, die daraus abgeleiteten Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen, Aus- und Erweiterungsbauten sowie zur Stadionausstattung vorzulegen und mit entsprechenden Kostenkalkulationen und Variantenbetrachtungen zu untersetzen. Das betrifft auch die Auswirkung spezifischer Nutzervorstellungen. Der Stadtrat bestimmt auf dieser Grundlage, welche Variante oder Varianten der weiteren Entwurfsplanung in Leistungsphase 3 zu Grunde gelegt werden.
- 3.4 Auf der Grundlage der im Rahmen der Vorplanung erarbeiteten Planunterlagen fasst der Stadtrat den Bau- und Finanzierungsbeschluss und trifft die Festlegungen über die weitere Ausgestaltung des Verfahrens (Wettbewerb u.ä.).
- 3.5 Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Vorplanung mit folgenden besonderen Leistungen
- Suche und ggf. Beantragung von weiteren Fördermitteln
 - Information der Bürgerinnen und Bürger über das jeweilige Vorhaben,
 - Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen unter Einbeziehung der Nutzer
 - Erarbeitung eines Vorschlages zur zukünftigen Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den künftigen Nutzern und der Stadt Halle (Saale).
- 3.6 In enger Zusammenarbeit mit dem Nutzer ist ein Betreiberkonzept sowie die zukünftige Betriebsplanung zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen.

zu 5.4 Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"
Vorlage: IV/2008/07530

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte die im Kulturausschuss sowie Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschlossenen Änderungen. Die Vorlage wurde durch die Verwaltung entsprechend überarbeitet und liegt den Mitgliedern des Hauptausschusses vor.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass unter dem Punkt 4 der Vorlage noch eine Änderung vorzunehmen sei, die im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschlossen wurde.

Im Ergebnis der daraus entstandenen Diskussion wurde der Punkt 4, Absatz 2 und 3 :

Die Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2009/2010 bis 2012/2013 wird zur Kenntnis genommen.

Der städtische Zuschuss wird ebenso wie die Landesförderung in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2012 der Stadt Halle (Saale) entsprechend festgeschrieben.

wie folgt geändert:

Die Mittelfristplanung der GmbH für die Geschäftsjahre 2009/2010 bis 2012/2013 wird zur Kenntnis genommen.

Der städtische Zuschuss wird ebenso wie die Landesförderung in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 bis 2012/2013 festgeschrieben.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach dem Unterschied zwischen Intendanz und künstlerischer Leitung. Sie bat um eine schriftliche Antwort.

Weiterhin brachte **Frau Dr. Bergner** zum Ausdruck, dass sie der Vorlage nicht zustimmen könne. Die unter Punkt II genannten 99 Stellen für die Musiker seien zu wenig und so nicht hinnehmbar.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

**mehrheitlich zugestimmt
4 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

- I. Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Eigenschaft als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:
 1. Die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater werden in die „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“ zum 1. Januar 2009 überführt.

In den Ausgliederungsvertrag in der aus der *Anlage 1* ersichtlichen Fassung wird eingewilligt.

Das Anlagevermögen der drei städtischen Kultureinrichtungen wird auf die Gesellschaft übertragen.

Der Personalüberleitungsvertrag wird in der als *Anlage 2* beigefügten Fassung genehmigt.

2. Die Aufbauorganisation und das Anfang 2009 übernommene Personal werden in der aus der *Anlage 3* ersichtlichen Fassung beschlossen. Die Ziel-Organisation für das Jahr 2011 nebst Personalbestand wird in der Fassung der *Anlage 4* beschlossen.

Der zum Jahr 2011 festgelegte Personalbestand im nicht künstlerischen Bereich soll über sozialverträgliche Maßnahmen erreicht werden. Der Geschäftsführer unterbreitet dem Aufsichtsrat dazu im 1. Halbjahr 2009 einen entsprechenden Vorschlag.

3. Die Kenndaten zur Angebotsstruktur der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle werden in der aus der *Anlage 9* ersichtlichen Fassung zur Kenntnis genommen.
4. Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Juli 2009 wird der Wirtschaftsplan mit den Teilplänen
 - Gewinn- und Verlustrechnung (*Anlage 10*)
 - Bilanz (*Anlage 12*)
 - Finanzplan (*Anlage 14*)
 - Investitionen (*Anlage 15*)
 - Personal (*Anlage 18*)

beschlossen.

Die Mittelfristplanung der GmbH für die Geschäftsjahre 2009/2010 bis 2012/2013 wird zur Kenntnis genommen.

Der städtische Zuschuss wird ebenso wie die Landesförderung in der Mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009/2010 bis 2012/2013 festgeschrieben.

- II. Die Staatskapelle Halle wird ab dem 1. August 2009 auf 99 Stellen verkleinert. Alternativ kann durch einen Haustarifvertrag das Ziel der Einsparung erreicht werden.
- III. Die Geschäftsordnung der Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH wird in der aus der *Anlage 20* ersichtlichen Fassung zur Kenntnis genommen.

6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Wirtschaftlichkeit des Busunternehmens OBS Vorlage: IV/2008/07458

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass er mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden ist. Die Verwaltung habe den Kauf der Busgesellschaft OBS durch die HAVAG damals damit begründet, dass die OBS Gewinne erwirtschaftet. Aus diesem Grund habe der Stadtrat vor 2 Jahren diesem Kauf zugestimmt. Die OBS wurde aber verkauft, weil sie keine Gewinne erzielt habe, sondern defizitär war. Weiterhin habe der damalige Saalkreis zur gleichen Zeit mit dem Verkauf seine Zuschüsse der Verkehrsleistungen auf 100.000 € und im folgenden Jahr auf 90.000 € reduziert.

Andererseits sei die HAVAG von beträchtlichen Zuschüssen der Stadt bzw. des VVV abhängig. Mit seinem Antrag soll sichergestellt werden, dass die Stadt und ihre Gesellschaften nicht den öffentlichen Nahverkehr des Saalekreises subventionieren. Ansonsten müsste angesichts der finanziellen Lage der Stadt eine entsprechende Beteiligung des Saalekreises eingefordert werden. Aus diesem Grund hielt Herr Bauersfeld eine Abstimmung über seinen Antrag für angebracht.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erläuterte, dass anhand des Jahresabschlusses der OBS ersichtlich sei, dass diese einen Vertragsüberschuss erwirtschaftet habe. Der Jahresabschluss sei öffentlich und für jedermann einsehbar. Eine zweite Möglichkeit, die Wirtschaftlichkeit der OBS einzusehen, wäre ein Verkehrsbedienungsvertrag. Dieser bestehe aber nicht zwischen der Stadt Halle und der OBS. Und eine Verpflichtung der HAVAG zum Verlustausgleich der OBS bestünde aufgrund des positiven Ertragsergebnisses der OBS ebenfalls nicht.

Die Mitglieder des Hauptausschusses diskutierten darüber, inwieweit sie als Gesellschafter der HAVAG Einblick in die Geschäftsunterlagen des Busunternehmens OBS nehmen können. Wenn der Stadtrat darüber entscheidet, ob eine Gesellschaft zugekauft wird oder nicht, dann müsse der Stadtrat auch das Recht haben, nach der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu fragen. Die Stadträte sind zwar durch die Aufsichtsräte in den jeweiligen Unternehmen beteiligt, aber die Aufsichtsratsentsandten dürfen über bestimmte interne Sachverhalte des Unternehmens keine Informationen nach außen tragen.

Es müsse eine allgemeine Regelung gefunden werden, wie man mit solchen Anfragen bzw. Anträgen umgeht, damit der Stadtrat als Gesellschafter nicht ganz außen vor steht.

Weiterhin wurde die Verwaltung gebeten, Anträge in einem freundlicheren Ton zu beantworten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, diese Problematik der BMA weiterzuleiten mit der Bitte darzustellen, wie die Verwaltung zukünftig mit solchen Anfragen/Anträgen umzugehen hat. Danach würde die Verwaltung den Stadträten einen Vorschlag unterbreiten. Weiterhin werde sie die BMA bitten, über die Details, die nach außen getragen werden dürfen, zu berichten sowie den Stadträten den Jahresabschluss der OBS zur Kenntnis zu geben. Daraus ginge hervor, ob die HAVAG der OBS einen Zuschuss zahlt oder nicht. Und mehr als im Jahresabschluss steht, könne nicht nach außen bekannt gegeben werden.

Die Fragen aus dem Antrag von Herrn Bauersfeld, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, seien aber durch die Verwaltung beantwortet.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat die Wirtschaftlichkeit des Busunternehmens OBS für das Jahr 2007 anhand des Jahresabschlusses, des Passagieraufkommens, der Zuweisungen aufgrund des Verkehrsbedienungsvertrages mit der HAVAG, der Zahlungen des Saalekreises und sonstiger Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 Mitteilungen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, den Antrag der SPD-Fraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen von der Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung am 26.11.2008 zu nehmen. Dieser Antrag sollte wegen des finanziellen Aufwandes, den die Verwaltung bei der Umsetzung hat, in Verbindung mit dem Haushalt 2009 diskutiert werden.

Die SPD-Fraktion und die Mitglieder des Hauptausschusses erklärten sich damit einverstanden.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte nach der Verfahrensweise bezüglich der VNG-Beteiligung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass im Aufsichtsrat der Stadtwerke die Entscheidung getroffen wurde, fristgerecht aus der Beteiligungsgesellschaft VUB auszutreten. Dies sei zum Jahresende rechtlich möglich. Diese Entscheidung wurde der VUB sowie der VNG bereits mitgeteilt.

Die Mitglieder des Hauptausschusses diskutierten darüber, inwieweit der Gesellschafter Mitspracherecht bei den Entscheidungen des Aufsichtsrates hat und ob der Aufsichtsrat über den Kauf oder Nichtkauf von Aktien entscheiden könne.

Es wurde gefragt, ob der Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke den Stadtratsfraktionen zur Verfügung gestellt werden könnte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte daraufhin, dass die Stadt nicht an der VNG beteiligt sei, sondern die Stadtwerke Aktien an der VNG besitzen.

Die Stadtwerke seien lediglich aus der VUB ausgetreten und können nach Realisierung des Austritts wieder eigenständig mit ihren Aktien umgehen. Sie betonte ausdrücklich, dass sich der zuständige Aufsichtsrat der Stadtwerke alle Optionen offen hält und es keinerlei Absichten in irgendeine Richtung gebe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, durch die BMA den Gesellschaftsvertrag zur Verfügung zu stellen und bot den Mitgliedern des Hauptausschusses ein Gespräch an, um evtl. auch rechtliche Hintergründe zu erläutern.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, teilte mit, dass das Cantor-Gymnasium Raumnot habe. Dies sei ihr durch den zuständigen Schulleiter mitgeteilt worden. Es gebe die Überlegung, ein anschließendes leerstehendes Gebäude der HWG in der Wegscheiderstraße 27 zu nutzen. Sie fragte nach der weiteren Verfahrensweise.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados war dieser Sachverhalt nicht bekannt. Sie bat Herrn Beigeordneten Dr. Marquardt um Prüfung.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, weshalb die Sitzung des Hauptausschusses im Mai 2009 an einem Dienstag stattfinden soll. Damit sei der Hauptausschuss an demselben Tag wie der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Der Hauptausschuss müsse aber immer nach dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stattfinden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fügte hinzu, dass aufgrund der Kommunalwahlen von Juni bis August keine Sitzungen der Ausschüsse stattfinden werden. Deshalb sei davon auszugehen, dass die Tagesordnung der letzten Ausschusssitzungen im Mai sehr umfangreich sein wird. Das Ende der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sei somit offen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass es der Wunsch einzelner Stadträte war, den Hauptausschuss nicht an dem Mittwoch vor Himmelfahrt stattfinden zu lassen. Aufgrund dessen habe die Verwaltung die Sitzung des Hauptausschusses auf Dienstag nach Ende der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften verlegt. Da die Mitglieder des Hauptausschusses offensichtlich nicht damit einverstanden waren, legte Frau Oberbürgermeisterin Szabados fest, dass der Hauptausschuss am Mittwoch, 20.05.2009 stattfinden wird.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Stand der Baumaßnahme zur Entfernung der Stufen am Ritterhaus.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack entgegnete, dass mit der Baumaßnahme bereits begonnen wurde. Bei Frostbeginn werde die Baumaßnahme unterbrochen und nach Frostende abgeschlossen. Inzwischen habe sich die Verwaltung und der Eigentümer auch geeinigt, die Kosten zu teilen.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte weiter, wer für das Kunstprojekt „Grabungstädte“ (Denkmal - ehemaliger Wohnblock) auf der Silberhöhe verantwortlich ist. Diese sei durch Laub, aber auch durch andere Dinge immer mal verunstaltet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte eine Klärung durch das Grünflächenamt in Verbindung mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung zu.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bezog sich auf die HzE-Leistungen und fragte, ob diese ausgezahlt werden. Er wurde von verschiedenen Trägern informiert, dass diese Leistungen teilweise seit 2 Monaten nicht gezahlt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die HzE-Leistungen eine Pflichtaufgabe der Verwaltung seien und diese zu zahlen sind. Sie gehe davon aus, dass diese Leistungen bisher auch fristgerecht gezahlt wurden. Vor Auszahlung müssen aber selbstverständlich die Anträge auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, wies auf die wirtschaftliche Situation weltweit, aber insbesondere in Deutschland hin. Um dem, zumindest in der Stadt Halle, etwas entgegenzuwirken, schlug er eine Art Konjunkturprogramm vor. Er könne sich vorstellen, dass im Bereich der beschlossenen und durchfinanzierten städtischen Investitionen, aber auch im Bereich der Investitionen von Dritten, die der städtischen Genehmigung bedürfen, durchaus Potential vorhanden sei, die Bearbeitungszeit zu verkürzen. Eine Verkürzung von ein oder zwei Monaten würde bedeuten, dass eine Investition ein Investitionsvolumen - auf das Jahr bezogen - von etwa 15 bis 20 % vorziehen.

Er fragte, ob die Verwaltung bereits darüber nachgedacht habe, in diesem Bereich durch Anstrengungen ihrer Mitarbeiter ein Konjunkturprogramm aufzunehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Antragstellungen für Baugenehmigungen durch die Mitarbeiter der Verwaltung sehr zeitnah bearbeitet werden. Unter dem Aspekt Konjunkturanschub habe man dies allerdings bisher nicht gesehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Neumann, sich dieser Sache anzunehmen, um dies bei der Sitzung mit den Amtsleitern diskutieren zu können.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte, weshalb der Weihnachtsmarkt schon so zeitig vor der Eröffnung aufgebaut wurde und welche Kosten der Stadt dadurch entstanden sind.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, teilte mit, dass der Aufbau noch nicht vollständig abgeschlossen sei. Er stimmte aber Herrn Krause zu, dass man diese Zeit von 14 Tagen sicher reduzieren könne. Bei Abschluss der Verträge im März dieses Jahres habe man sich an den Verträgen der letzten Jahre orientiert, bei denen ebenfalls einer Aufbauzeit von 14 Tagen zugestimmt wurde. Für die kommenden Jahre werde er prüfen, inwieweit man die Zeit für den Aufbau des Weihnachtsmarktes verkürzen könne.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, teilte mit, dass ihm erneut ein Schreiben unter dem Begriff „Dienstaufsichtsbeschwerde“ vorliege. Seitens der Verwaltung wurde ihm eine Information zugesagt, wie er damit zukünftig zu verfahren habe. Er fragte, wann er diese Information erhält.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, erläuterte, dass innerhalb der Verwaltung bereits abgestimmt sei, wie zukünftig mit Dienstaufsichtsbeschwerden zu verfahren ist. Herr Bartl werde diese Information morgen erhalten.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., informierte über eine Initiative der Stadträte Frau Wolff und Herr Wolter. Diese haben unter der Internetseite www.projekt-transparenz.de den gesamten Haushalt der Stadt Halle eingestellt. Herr Schramm hielt das für eine geniale Lösung und bedankte sich bei den beiden ausdrücklich. Er bat die Verwaltung, möglichst schnell zu prüfen, inwieweit das ein Arbeitsmittel auch in der Haushaltsdiskussion sein könne. In diesem Zusammenhang fragte Herr Schramm, welche Kosten der Stadt entstehen würden für die kurzfristige Organisation eines W-LAN-Anschlusses oder Hotspot für die Stadträte im Stadthaus. Dann könnte man mit einem Laptop über diesen Haushalt sowohl im Stadtrat als auch in den Ausschüssen diskutieren und Änderungen sofort einarbeiten.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fügte hinzu, dass dies ein Modellprojekt wäre, das momentan kostenfrei zur Verfügung stehe. Es sei lediglich ein Angebot und jeder Stadtrat könne seinen eigenen Haushaltsplan mit eigenen Kommentaren mit einem Kennwort geschützt dort bearbeiten. Die Verwaltung habe eine eigene Kennung und Zugriff auf die Kommentierungen und die Haushaltstitel.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass das Magdeburger Modell diesbezüglich ein gutes Beispiel sei. Diese arbeiten bereits mit Laptops, die den Stadträten durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Dadurch wurde der Papierkonsum um ca. 90 % gesenkt. Es gebe nur 3 Stadträte in Magdeburg, die weiterhin Papier nutzen, alle anderen nutzen einen Laptop.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass bei einer Umfrage durch die Verwaltung von den 56 Stadträten nur 8 bereit waren, auf Papier zu verzichten und mit einem Laptop zu arbeiten.

Daraufhin machte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, darauf aufmerksam, dass die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind. Es gebe weder Laptops für alle 56 Stadträte noch W-LAN-Anschlüsse oder Hotspot.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung durch Herrn Beigeordneten Geier zu. In der kommenden Stadtratssitzung könne die Verwaltung evtl. bereits einen Vorschlag unterbreiten.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Form der Verteilung des Haushaltes und anderer Vorlagen

Diese Anregung wurde mit der eben vorweg genommenen Diskussion beraten.

Weitere Anregungen:

Frau Ewert, SPD-Fraktion, regte an, dass die Verwaltung bei Baumfällungen darauf achtet, die Bürger rechtzeitig darüber zu benachrichtigen. Gegenwärtig sei dies gerade in Halle-Trotha vergessen worden.

Die Verwaltung habe bereits eine Festlegung getroffen, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, wonach größere Baumfällungen im Amtsblatt bekannt zu geben sind.

Frau Thieme, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, regte an, die HAVAG aufzufordern, ihre Fahrpläne nicht nur zeitlich einzuhalten, sondern auch hinsichtlich der Straßenbahnwagen. Es komme gerade bei der Linie 1 häufig vor, dass laut Fahrplan ein Niederflurfahrzeug fahren müsste, aber dann die alten Straßenbahnwagen eingesetzt werden. Die Linie 1 fährt aber sämtliche Friedhöfe an, transportiert viele ältere Menschen und fährt Richtung Frohe Zukunft, wo es den höchsten Altersdurchschnitt gibt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm diese Anregung auf und bat Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack um Klärung. Man werde die HAVAG auffordern, ihren Fahrplan hinsichtlich der Niederflurfahrzeuge einzuhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab eine Anregung zum Sachverhalt Friedhof Halle-Neustadt. Sie regte an, im Dezember einen Beschluss im Stadtrat zu fassen, dass entsprechend § 26 (1) GO LSA ein Bürgerentscheid zur Aufhebung des Beschlusses zur Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt vom 27.08.2008 durchgeführt wird. Der Stadtrat könne diesen Bürgerentscheid, der in Verbindung mit der Kommunalwahl durchgeführt werden könnte, mit einer 2/3 Mehrheit beschließen. Sie begründete das damit, dass die Bürger unmittelbar davon betroffen seien und der Beschluss gerade bei der Bevölkerung in Halle-Neustadt auf Unverständnis trifft.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob es sich hierbei nicht um den übertragenen Wirkungskreis handelt und somit ein Beschluss im Stadtrat unzulässig wäre.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, erläuterte, dass ein Bürgerentscheid möglich sei, wenn es um die Erweiterung/Aufhebung einer öffentlichen Einrichtung ginge. Bei einem Friedhof werden laut Friedhofssatzung bestimmte Dinge im Rahmen der Ordnung und Ähnlichem im übertragenen Wirkungskreis behandelt. Die Einrichtung selbst gehöre zum eigenen Wirkungskreis.

Hier ginge es darum, eine öffentliche Einrichtung zu schließen und deshalb könne man die Möglichkeit eines Bürgerentscheides in Erwägung ziehen. Entweder die Bürger fordern einen solchen Entscheid selbst ein oder - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - der Stadtrat beschließt, dass ein solcher Bürgerentscheid durchgeführt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dass die Stadträte innerhalb der nächsten Woche der Verwaltung signalisieren, ob sie damit einverstanden wären oder nicht.

Weitere Anregungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 48. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin